



Luzern, 13. Dezember 2017

Mediensperfrist bis 13.12.2017, 13.00 Uhr

SP sagt Nein zur Mogelpackung Spange Nord

Mit der Spange Nord versucht der Regierungsrat einmal mehr, ein Strassenbauprojekt für den motorisierten Individualverkehr (MIV) als öV-Projekt zu verkaufen. 200 Millionen Franken für eine Betonschneise, welche ganze Stadtquartiere zerstört und dennoch nur eine Verkehrsumlagerung statt Verbesserungen bringt, sind komplett falsch investiertes Geld. Mit dem Bypass und der Spange Nord planen Bund und Kanton kein Projekt für, sondern gegen die lokale Bevölkerung. Dazu sagen SP Stadt und Kanton Luzern klar Nein.

Trotz heftigem politischen Widerstand hält der Regierungsrat am Vorprojekt „Spange Nord optimiert“ fest. Die vom Stadtparlament einstimmig verabschiedete Forderung nach einem längeren Tunnel schlägt der Regierungsrat ebenso in den Wind, wie die Bedenken des Stadtrats bezüglich Quartierverträglichkeit und der überdimensionierten Fluhmühlebrücke. Wie beim Bypass-Südportal in Kriens werden die Anliegen der Standortgemeinde nicht ernst genommen. Mit einem Wettbewerb und schöner Architektur soll über ein schlechtes und verkehrstechnisch veraltetes Projekt hinweggetäuscht werden. „Selten wird in der direktdemokratischen Schweiz derart gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung geplant wie beim Bypass und der Spange Nord“, sagt SP-Kantonsrat Marcel Budmiger.

Strassenplanung gegen die Bevölkerung

Wie wenig Verständnis der Regierungsrat für die Quartierbewohner aufbringt, zeigt die überarbeitete Tunnelvariante. Der Friedhof Friedental wird besser vor Immissionen geschützt, die Wohnbevölkerung hingegen nicht. Dies obwohl das Stadtparlament einstimmig besseren Schutz vor Lärm und Verkehr gefordert hat. „Die Anwohner im Schlossberg, Maihof, Wesemlin und Fluhmühle wollen keinen direkten Autobahnanschluss vor ihrer Haustüre. Sie wollen weiterhin lebenswerte Quartiere auch für ältere Menschen und Familien“, sagt SP-Grossstadtrat Nico van der Heiden. „Zum Glück nimmt der Luzerner Stadtrat die Anliegen der Quartierbevölkerung ernst und bekämpft die Spange Nord in der vorliegenden Form“, so van der Heiden.

Flankierende Massnahmen bleiben unsicher – und wären schon heute möglich

Dem Luzerner Stadtrat ist es auch zu verdanken, dass die Projektplanung auch flankierende Massnahmen für den öffentlichen Verkehr beinhaltet. Nur bleiben diese vage und es wäre nicht das erste Mal, dass der Kanton aus Spargründen versprochene Massnahmen nicht ausführt (Rontalzubringer). Zudem wäre gemäss den Zahlen des Regierungsrates eine separate Busspur über die Seebrücke bereits heute problemlos realisierbar. „Es fehlt allein am politischen Willen,“ sagt Marcel Budmiger.

Kontakt:

Marcel Budmiger, Kantonsrat, Mitglied Verkehrs- und Baukommission, 078 757 99 78
Nico van der Heiden, Fraktionschef SP/Juso Grossstadtratsfraktion, 079 775 67 54